

## Polnische Fragen.

Fortgesetzte Beratung im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte Montag seine Erörterung über wirtschaftliche und politische Fragen in den besetzten Gebieten fort.

Ein Fortschrittler brachte Klagen vor aus Polen über unverständliche Maßnahmen bei Beschlagnahme von Waren und Preisbemessung. Die frühere preussische Polenpolitik habe mehr als abkühlend auf die Stimmung des polnischen Volkes gewirkt, sie solle durch Entgegenkommen und entsprechende Maßnahmen gehoben werden. Redner behandelte sodann die Arbeiterfragen und die Rechtsverhältnisse in Polen.

Der Staatssekretär des Innern führte anknüpfend an die Erörterungen des Vorredners aus, die gegebene Richtlinie für unsere Verwaltung in Polen sei, die deutschen und die polnischen Interessen nach Möglichkeit zu vereinbaren. Der Pflege und Wehrung der Interessen des besetzten Landes seien aber Grenzen gezogen an den harten Erfordernissen des Krieges, in dem es sich für Deutschland um Sein oder Nichtsein handle. Leicht und billig sei es, schöne Worte an die Polen zu richten, wie es Wilson getan habe, und die Franzosen und Engländer, für die keine eigenen Interessen auf dem Spiele ständen, und auch die Russen, nachdem Polen für sie militärisch verloren war. Wenn man bedenke, in welchem Zustande die Russen uns Polen überlassen hätten, könne unsere Verwaltung schon heute auf beträchtliche Erfolge hinweisen: Wo es die Rohstoffverhältnisse erlaubten, seien Fabriken wieder in Betrieb gesetzt, die Landwirtschaft wieder belebt, Straßen gebaut worden. Das unter russischer Herrschaft im argen gelegene Schulwesen sei kräftig gefördert worden. Unsere Maßnahmen auf gesundheitspolitischem Gebiete hätten Flecktyphus und Cholera aus dem vorher verheerten Lande verschwinden lassen. Auf politischem Gebiete hätten wir durch Schaffung und Belebung einer kommunalen Selbstverwaltung Grundlagen für die Zukunft gelegt. Die Polen dürften bei ihren Klagen, die eben aus den Kriegsverhältnissen zu erklären seien, nie vergessen, daß ihr Vaterland nur uns und unseren Siegen eine künftige Selbständigkeit verdanken könne, folglich sei es nur gerecht und notwendig, daß sie an den Opfern dieses schweren Krieges mitwirken. Wenn man alles in allem nehme, nicht nur das Gut, sondern auch das Blut, dann könne man sagen, daß die von Polen getragenen Opfer nicht an die Opfer heranreichen, die Deutschland sich auferlege. Der polnische Staatsrat, gewissermaßen die Urzelle des künftigen polnischen Staatswesens, sei mit beratenden Befugnissen bei der Gesetzgebung ausgestattet, ferner mit der Mitwirkung an der Schaffung staatlicher Einrichtungen betraut und werde schließlich bei Ausübung der Verwaltung in dem Umfange, den die Verhältnisse gestatteten, herangezogen. Die Ungeduld der Polen, auch dem Staatsrate gegenüber, und der Vorwurf, der Ausbau des Staatswesens gehe zu langsam vor sich, seien begreiflich. Allein obgleich von den Kriegsverhältnissen mache die große Zersplitterung Polens auf dem Gebiete der Konfessionen, Nationalitäten und vor allem auch der Parteien, im Verein mit dem gänzlichen Mangel an geschulten polnischen Beamten, die erst herangebildet und einweilen durch deutsche Beamte ersetzt werden müßten, diese Aufgabe doppelt schwierig. Der Staatssekretär besprach ferner die Möglichkeiten anderer Lösungen der polnischen Frage, die sämtlich zu unbefriedigenden und unerwünschten Ergebnissen führen würden. Er kam zu dem Schluss, daß die von den Centralmächten mit der Proklamation vom 5. November 1916 angekündigte Polenpolitik auch heute noch die einzig richtige und mögliche sei.

Ein anderer Fortschrittler besprach Fragen der inneren Verwaltung Polens. Zweifelhaft sei, ob man jetzt die Systematisierung des Schulwesens durchzuführen solle, da doch in Kürze der polnische Staat selbst diese Aufgabe übernehmen müsse. Dem Staatsrat solle eine größere aktive Tätigkeit in der Verwaltung eingeräumt werden, die polnischen Arbeitskräfte und die Industrie sollten in unsere Wirtschaft einbezogen werden, damit ihnen so ihre späteren Aufgaben für den Uebergang erleichtert würden. Die Bildung eines polnischen Heeres sei schon deswegen notwendig, damit das Land bei der zu gewährenden Autonomie nicht ohne Heer dastehe. Empfehlenswert sei der Abschluß eines Militär- und Handelsvertrages aller mitteleuropäischen Mächte, Polen eingeschlossen.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, die Durchführung von Reformen in O.-Ost wie in Polen liege sowohl im Interesse der Besatzungstruppen wie der Bevölkerung. Eine Reihe falscher Maßnahmen der Militärstellen müßten beseitigt werden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der polnischen Arbeiter bedürften der Besserung. Redner vertrat die Ansicht, daß die gesamten Fragen des Ostens nur in freundschaftlichem Benehmen mit Rußland geregelt werden könnten.

Ein konservativer Redner teilte mit, die auch dem Offizierkorps unerwünschte Gruppierung in O.-Ost sei wieder aufgehoben worden. Er äußerte sich dann über die Verpflegung der Bevölkerung, besonders in Wilna, sowie über die Landwirtschaftsfrage in Litauen.

## Die Judenfrage.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion verwies darauf, daß gewisse Mißstimmungen in Polen auf Treibereien der englischen, aber auch eines Teils der deutschen Presse zurückzuführen seien. Ein wichtiges Problem sei die Lösung der Judenfrage; die Einwanderung der Juden solle möglichst verhindert, dafür die Juden in ihre ursprüngliche Heimat übergeführt werden. Nützlich sei es, Studenten aus den besetzten Gebieten hier ohne weiteres die Niederlassung zu gestatten, während unsere Studenten draußen kämpften.

Ein nationalliberaler Redner äußerte sich ebenfalls über die künftige Gestaltung Polens, der seine Freunde mit stiller Ruhe gegenüberstünden. Die gegenwärtige Gestaltung sei nicht glücklich. Er habe die preussische Polenpolitik niemals mitgemacht, weil sie ihm unrichtig erschienen sei. Durch Gruppgebote sollten nicht neue Gefährdungen aufgesteckt werden, wobei in Belgien noch in Polen. — Ein drittes Mitglied der Fortschrittler trat nochmals für entsprechende Behandlung der Juden in Litauen ein, die nicht schlechter sein dürfe als die der Deutschen. Zahlreiche Arbeiter in Litauen würden gerne nach Deutschland gehen, in Folge eines Bismarckschen Erlasses von 1880 nicht nach Deutschland hinein. Die Beteilung der Bevölkerung und der Vereine bei Ausübung der Wohlfahrtspflege usw. dürfe nicht beschränkt werden. Das Selbstverwaltungsrecht sei zu erweitern. Der Vorschlag des Vorredners auf Unterbringung der Juden in Palästina sei angesichts der dortigen Bodenbeschränktheit undurchführbar. Hinsichtlich der Gestaltung Polens in wirtschaftlicher und politischer Beziehung stimme er mit seinem Parteifreunde überein, er wünsche keine Angliederung.

Das polnische Mitglied besprach die Art der Tätigkeit der Kriegsröhstoffstelle, die in ihren Maßnahmen vielfach zu weit gehe, erörterte die Arbeiterfrage und erkannte an, daß das Kriegswesen Entgegenkommen gezeigt habe. Das lasse sich von anderen Stellen nicht immer sagen. Die Lohnfrage sei amtlich zu regeln, damit nicht die polnischen Arbeiter durch private Unternehmer ausgebeutet würden. Unter allen Umständen müsse die persönliche Freiheit von allen Stellen geachtet werden.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft besprach Vorgänge bei Requisitionen in den besetzten Gebieten, die, namentlich von durchmarschierenden Truppen, rücksichtslos vorgenommen werden sollten.

Nachdem Generalmajor Friedrich Auskunft über die Zurückführung von Kindern aus den besetzten Gebieten gegeben und Staatssekretär Dr. Helfferich die Wirksamkeit der Ostbank dargestellt hatte, wurde die Erörterung dieser Frage geschlossen.

Angenommen wurden nachstehende gemeinsame Entschliebung:

1. sämtlichen im Reich beschäftigten Arbeitern aus dem Okkupationsgebiet Polens und Litauens — unbeschadet der polizeilichen allen Ausländern gegenüber geübten Kontrolle — im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern zu gewähren, insbesondere das Recht zum Wechsel der Arbeitsstätte;

2. diese Arbeiter nicht zu hindern, nach Ablauf des Dienstvertrages in die Heimat zurückzukehren.

Die Weiterberatung findet heute statt.